

Inhalt

Abkürzungsverzeichnis 15

- A EIN-EURO-JOBS: MASSNAHMEN ZWISCHEN POLITIK UND SOZIALER HILFE 21**
- I Zum Begriff Ein-Euro-Job 24**
- II Geschichte der Arbeitspflicht – Von der Strafe über die Erziehung zur Entlastung der Sozialkassen 26**
 - 1 Die Arbeitspflicht in Arbeits- und Zuchthäusern 30
 - 2 Vorläuferregelungen zum § 16 Abs. 3 SGB II 31
- III Zielvorstellungen zum SGB II und den Ein-Euro-Jobs 34**
 - 1 Zielvorstellungen zum SGB II 34
 - 2 Politische und rechtliche Vorstellungen zu § 16 SGB II 41
- IV Arbeitsgelegenheiten nach BSHG und SGB II im Vergleich 44**
 - 1 § 19 BSHG in Rechtsprechung und Literatur 44
 - 1.1 Das rechtsstaatliche Modell der Sozialhilfearbeit 45
 - 1.2 Das sozialstaatliche Modell der Sozialhilfearbeit 46
 - 1.3 Das Grundsicherungsmodell der Hilfe zur Arbeit 48
 - 2 Die Grenzen der Bedeutung des § 19 BSHG für § 16 Abs. 3 SGB II 49
- V Die Einstellung der Wohlfahrtsverbände zu den Ein-Euro-Jobs – Selbstverpflichtungen und Orientierungshilfen bei Wohlfahrtsverbänden 53**
- VI Statistik zu Ein-Euro-Jobs 61**
 - 1 Ausgestaltung und Zielgruppenorientierung von Ein-Euro-Jobs 61
 - 2 Arbeitslosigkeit, Arbeitsgelegenheiten und Ein-Euro-Jobs im Jahr 2005 62
 - 3 Statistik für Januar 2006 64
 - 4 Vermittlungserfolge und andere Wirkungen bei Ein-Euro-Jobs 67
- VII Alternativen zu Ein-Euro-Jobs 68**

- B RECHTLICHE RAHMENBEDINGUNGEN FÜR EIN-EURO-JOBS 74**
- I Rechtsgrundlagen: Gesetze, Verordnungen, Richtlinien, Empfehlungen, Rechtsprechung 74**
- II Ein-Euro-Jobs im Verfassungsrecht und internationalen Recht – Verstößt der Ein-Euro-Job gegen Art. 9, 12 GG oder internationales Recht? 80**
 - 1 Vereinbarkeit mit Art. 12 GG 80
 - 2 Vereinbarkeit mit Art. 9 Abs. 3 GG (Tarifautonomie) 83
 - 3 Sanktionierung der Ablehnung einer Arbeitsgelegenheit und Art. 12 GG 85
 - 4 Gleichheitsprobleme (Art. 3 Abs. 1 GG) 89
 - 5 Übereinkommen Nr. 29 der Internationalen Arbeitsorganisation 93
- III Die Leistungserbringung im sozialrechtlichen Dreiecksverhältnis 93**
 - 1 Das sozialrechtliche Dreiecksverhältnis und seine Akteure 93
 - 2 Die Zuweisung einer Arbeitsgelegenheit als Sozialleistung 99
 - 3 Leistungsträger der Arbeitsgelegenheiten nach § 16 Abs. 3 Satz 2 SGB II 103
 - 3.1 Sachliche Zuständigkeit 103
 - 3.1.1 Die Bundesagentur für Arbeit 103
 - 3.1.2 Die Arbeitsgemeinschaft (ARGE) 103
 - 3.1.3 Die zugelassenen kommunalen Träger 104
 - 3.2 Örtliche Zuständigkeit 105
- IV Das Rechtsverhältnis zwischen Leistungsträger und Maßnahmeträger nach der Regelung des § 17 SGB II 106**
 - 1 Die Verträge nach § 17 Abs. 2 SGB II 108
 - 1.1 Leistungsvereinbarung 108
 - 1.2 Vergütungsvereinbarung 110
 - 1.3 Prüfungsvereinbarung 110

- 2 Anspruch des Maßnahmeträgers auf Abschluss der Verträge 111
- 3 Das Rechtsverhältnis auf den beiden anderen Seiten des Dreiecks 112
- 3.1 Rechtsverhältnis zwischen leistungsberechtigter Person und Leistungsträger 112
- 3.2 Das Rechtsverhältnis zwischen der leistungsberechtigten Person und dem Maßnahmeträger 113
- 4 Kostenübernahme durch Verwaltungsakt 114
- 5 Leistungserbringung nach den Regelungen des Vergaberichts? 116
- 5.1 Leistungserbringungsverträge und Vergaberecht 116
- 5.2 Zulässigkeit echter Leistungsverträge 117
- 6 Rechtsschutz für Leistungserbringer 119
- 7 Leistungserbringung durch andere Sozialleistungsträger 120
- 8 Bleibende Schwierigkeiten 121

V Das Beschäftigungsverhältnis zwischen Maßnahmeträger und Ein-Euro-Jobber 122

- 1 »Vertragliche« Vereinbarungen mit den Maßnahmeträgern 124
- 2 Eingliederungsplan und Zuweisung als Rechtsgrundlage für Maßnahmeträger 126
- 3 Vertragliche Vereinbarungen zwischen Leistungsträger und Maßnahmeträger als Rechtsgrundlage 128

C RECHTLICHE ANFORDERUNGEN AN EIN-EURO-JOBS 133

I Grundinformationen 133

- 1 Gesetzssystematik: Der Ein-Euro-Job als »Leistung« 133
- 2 Der Wortlaut und das Wortverständnis des § 16 Abs. 3 SGB II – Auf der Suche nach der Rechtsgrundlage für Ein-Euro-Jobs 135
- 3 Eingliederungsleistungen neben den Ein-Euro-Jobs nach § 16 Abs. 2 SGB II 139

II Anforderungen an MAE-Arbeitsplätze 139

- 1 Vermittlungschancen verbessern 139

- 2 Öffentliches Interesse und Zusätzlichkeit als Anforderungen an Arbeitsgelegenheiten 146
 - 2.1 »Arbeit« und »Arbeitsergebnis« 146
 - 2.2 Arbeiten im öffentlichen Interesse 147
 - 2.3 Zusätzliche Arbeit: Das Dilemma 151
 - 2.4 Rechtsstellung und Arbeit der Beiräte 156
- 3 Sonstige Anforderungen an Arbeitsgelegenheiten 158
 - 3.1 Wöchentliche Beschäftigungszeit 158
 - 3.2 Dauer der Beschäftigung 160
 - 3.3 Beschäftigungszeiten 161
 - 3.4 Art der Arbeiten 162
- 4 Die Wahl zwischen Beschäftigungen mit und ohne Arbeitsvertrag 164
 - 4.1 Zum Verhältnis von ABM und MAE-Beschäftigung nach Art. 3 GG 164
 - 4.2 Vorrang der AB-Maßnahmen 165
 - 4.3 Wunschrecht des Betroffenen 170
- III Anforderungen an Ein-Euro-Jobs im Einzelfall 176**
 - 1 Individualisierung in persönlicher und sozialer Hinsicht 176
 - 2 »Profiling«: Die Eignung des Arbeitslosen 177
 - 3 Zumutbarkeit des Ein-Euro-Jobs 177
 - 4 Adressatengruppen für Ein-Euro-Jobs gemäß §§ 2, 7-9 SGB II 178
 - 4.1 Keine Arbeit in absehbarer Zeit auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt 179
 - 4.2 Alter und Aufenthaltsort 182
 - 4.3 Erwerbsfähigkeit 183
 - 4.3.1 Maß der Leistungsfähigkeit 183
 - 4.3.2 Der verschlossene Arbeitsmarkt 187
 - 4.3.3 Einschätzung der Leistungsfähigkeit und Gutachten 190
 - 4.3.4 Krankheiten und Behinderungen 195
 - a) Behinderungen und Pflegebedarf 198
 - b) Psychische Störungen 199
 - c) Körperliche Krankheiten 201
 - 4.4 Hilfebedürftigkeit 201
 - 4.5 Arbeitsmotivation und Arbeitsentwöhnung 205

- 4.6 Beweislast 207
- 5 Jugendliche und Erwachsene unter 25 Jahren (§ 3 Abs. 2 SGB II) 209
- 6 Sonstige Adressatengruppen für Ein-Euro-Jobs 211
- 6.1 »Aufstocker«: Alg-I-Bezieher mit ergänzenden Leistungen nach SGB II 211
- 6.2 Menschen mit und ohne besondere(n) Probleme(n) 213
- 6.3 Hilfebedürftige mit besonderer Qualifikation 215
- 6.4 Ältere Arbeitnehmer 216
- 6.5 Personen ohne Berufsabschluss 217
- 6.6 Personen für ein Sofortangebot (§ 15a SGB II) 219
- 7 Wünsche des Arbeitslosen 225
- IV Vermittlung in die Arbeitsstelle: Angebot oder Zuweisung 225**
 - 1 Verfahren der Besetzung von Ein-Euro-Jobs 225
 - 2 Eingliederungsvereinbarung 230
 - 3 Zuweisungsbescheid 233
- V Ablehnung von Ein-Euro-Jobs 237**
 - 1 Berechtigung zur Ablehnung von Ein-Euro-Jobs 237
 - 1.1 Rechtmäßigkeit des Ein-Euro-Jobs 239
 - 1.2 Zumutbarkeit eines Ein-Euro-Jobs 242
 - 1.3 Rechtfertigung des Verhaltens durch einen wichtigen Grund (§ 31 Abs. 1 Satz 2 SGB II) 247
 - 2 Sanktionen 248
 - 2.1 Übersicht 248
 - 2.2 Kürzungstatbestände und -voraussetzungen 249
 - 2.3 Rechtsfolgen 252
- VI Rechtsschutz bei Angebot oder Zuweisung einer MAE-Beschäftigung 258**
 - 1 Rechtsschutzform nach Art der Heranziehung 258
 - 1.1 Rechtsschutz gegen Zuweisung durch Verwaltungsakt 258
 - 1.2 Rechtsschutz gegen »Angebot« eines Ein-Euro-Jobs ohne Verwaltungsaktscharakter 261
 - 1.3 Rechtsschutz gegen Vereinbarung eines Ein-Euro-Jobs in der Eingliederungsvereinbarung 263

- 2 Rechtsschutz mit dem Ziel der »Zuweisung« eines Ein-Euro-Jobs 264
- 3 Rechtsschutz gegen einen Sanktionsbescheid 266
- 4 Rechtsschutz bei von der Zuweisung abweichender Durchführung 269

D DIE BESCHÄFTIGUNGSRECHTLICHE, SOZIALRECHTLICHE UND STEUERRECHTLICHE STELLUNG DER BESCHÄFTIGTEN BEI EIN-EURO-JOBS 272

I Die beschäftigungsrechtliche Stellung bei Ein-Euro-Jobs 272

- 1 Öffentlich-rechtliches Beschäftigungsverhältnis ohne Arbeitsvertrag 272
- 2 Tarifverträge 274
- 3 Mitbestimmung 276
 - 3.1 Betriebsverfassungs- und Personalvertretungsrecht 276
 - 3.1.1 Wahlrecht zum Betriebsrat 276
 - 3.1.2 Wahlrecht zum Personalrat 278
 - 3.1.3 Weitere Einbindung des Betriebsrats 280
 - 3.1.4 Weitere Einbindung des Personalrats 282
 - 3.1.5 Mitbestimmung des Betriebsrats bei der Eingliederung von MAE-Beschäftigten 283
 - 3.1.6 Mitbestimmung des Personalrats bei der Eingliederung von MAE-Beschäftigten 287
 - 3.1.7 Mitbestimmung des Betriebsrats in sozialen Angelegenheiten 292
 - 3.1.8 Mitbestimmung des Personalrats bei sozialen Angelegenheiten 293
 - 3.1.9 Betriebs- und Dienstvereinbarungen 294
 - 3.2 Kirchliches Mitarbeitervertretungsrecht 294
- 4 Streik 296
- 5 Weisungsrecht 298
- 6 Urlaubs- und Freistellungsansprüche 299
- 7 Entschädigung ohne Entgeltbezug 302
- 8 Arbeitsschutz 304

9	Haftungsfragen	306
10	Ausgewählte weitere Fragen	309
11	Beendigung der Beschäftigung	311
12	Zeugnis und Beurteilung	314
II	Die sozialrechtliche Stellung bei Ein-Euro-Jobs	317
1	Die sozialrechtliche Stellung im Allgemeinen	317
2	Gesetzliche Krankenversicherung	317
2.1	Versicherungspflicht und Mitgliedschaft in der gesetzlichen Krankenversicherung (gKV)	317
2.2	Zuständiger Versicherungsträger, Beiträge, Meldeverfahren	320
2.3	Leistungen der gKV	320
3	Pflegeversicherung	321
4	Gesetzliche Rentenversicherung und sonstige Alterssicherung	322
4.1	Versicherungspflicht in der gesetzlichen Rentenversicherung (gRV)	322
4.2	Zuständiger Versicherungsträger, Beiträge, Meldeverfahren	324
4.3	Leistungen der gRV	325
4.4	Sonstige Alterssicherung	325
5	Gesetzliche Unfallversicherung	325
5.1	MAE-Beschäftigte als versicherte Personen	325
5.2	Zuständiger Unfallversicherungsträger	327
5.3	Versicherungsfälle und Leistungen	328
5.4	Praktische Hinweise	331
6	Arbeitsförderung	332
III	Pfändungsschutz	332
IV	Die steuerrechtliche Stellung bei Ein-Euro-Jobs	333
E	WEITERE EINGLIEDERUNGSLEISTUNGEN NEBEN DEN EIN-EURO-JOBS	335
I	Leistungen nach dem SGB III (§ 16 Abs. 1 SGB II)	335
II	Ergänzende Leistungen nach § 16 Abs. 2 SGB II	344

F	DATENSCHUTZ UND SCHWEIGEPFLICHTEN BEI EIN-EURO-JOBS	350
I	Rechtsgrundlagen	352
1	Grundregeln des Sozialdatenschutzes	352
2	Datenschutz bei Einbindung nicht-öffentlicher Stellen (§§ 78, 80 SGB X und 51 SGB II)	354
II	Erhebung von Daten	357
1	»Profiling« zur Vorbereitung des Eingliederungs- vorschlags	357
2	»Profiling«, soziale Beratung und therapeutische Behandlung durch Dritte	361
III	Übermittlung von personenbezogenen Daten	361
1	Übermittlung an private Dritte	361
2	Auskunfts- und Meldepflichten von Beschäftigungs- trägern (§ 61 SGB II) gegenüber Leistungsträgern	364
2.1	Grenzen der Auskunftspflicht	367
2.2	Erstellung und Übermittlung von Beurteilungen	369
3	Zum Verhältnis der Auskunftspflichten zu beruflichen Schweigepflichten	371
G	GESETZGEBUNGSBEDARF	377
I	Zum Problem	377
II	Gesetzesvorbehalt	378
III	Der Ein-Euro-Job als Rehabilitationsmaßnahme mit Leistungsentgelt?	385

ANHANG

Synopse: Vorschriften des SGB II zu Ein-Euro-Jobs 389

Quellenverzeichnis 403

Stichwortverzeichnis 413